

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Rudolf Köpcke, Dresden
Königsplatz 10, 1011
Druck: H. Köpcke, Dresden
Königsplatz 10, 1011

Verleger: Rudolf Köpcke, Dresden
Königsplatz 10, 1011
Druck: H. Köpcke, Dresden
Königsplatz 10, 1011

Verleger: Rudolf Köpcke, Dresden
Königsplatz 10, 1011
Druck: H. Köpcke, Dresden
Königsplatz 10, 1011

Die Ernennung des neuen Reichskabinetts

Bervollständigung erst am Donnerstag

Berlin, 1. Juni. Der Reichspräsident empfing Mittwoch gegen 20,30 Uhr Herrn v. Papen zum Vortrag über seine bisherigen Bemühungen um die Kabinettsbildung und ernannte daraufhin

- Herrn v. Papen zum Reichkanzler,
- Freiherrn v. Gayl zum Reichsinnenminister,
- Professor Dr. Warmbold zum Reichswirtschaftsminister,
- General v. Schleicher zum Reichswehrminister,
- Freiherrn v. Braun zum Ernährungsminister und Offkommisär,
- Reichsbahndirektor Eich v. Rabenach zum Post- und Verkehrsminister.

Außerdem wurde Oberregierungsrat Plant zum Staatssekretär der Reichskanzlei ernannt. Mit der Ernennung Goerdelers zum Arbeitsminister, Gärtners zum Justizminister und des Freiherrn v. Neurath zum Außenminister ist für morgen zu rechnen. Nur die Befetzung des Reichsfinanzministeriums ist noch zweifelhaft.

Scharfe Opposition des Zentrums

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 1. Juni. Mit den in der achten Abendstunde des Mittwoch erfolgten Ernennungen ist der Grundstein zu dem neuen Kabinett v. Papen gelegt. Den ganzen Mittwoch über haben Verhandlungen stattgefunden, die schließlich mit dem oben wiedergegebenen Ergebnis endeten. Nachdem der Reichskanzler v. Papen in den frühen Nachmittagsstunden verschiedene Unterredungen auch mit dem ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gehabt hat, der in wichtiger Mission an der Lausanner Reparationskonferenz teilnehmen soll, hatte er noch eine längere Unterredung mit dem Generaldirektor Schmitt vom Alltags-Konzern, der bekanntlich für das Reichsfinanzministerium in Aussicht genommen war. In den letzten Nachmittagsstunden erteilte Generaldirektor Schmitt einen ablehnenden Bescheid. Auch der Präsident des Reichsbäuervereins, Freyherr v. Pöhlitz, der das Reichsernährungsministerium hatte übernehmen sollen, lehnte ab.

Platz trat um 6 Uhr der Kreis von Herren, der für das Kabinett in Frage kam, zu einer abschließenden Beratung zusammen. Es erschienen im Reichstag die Herren Warmbold, Dr. Goerdeler, v. Schleicher, v. Gayl und Schädel.

Schon kurz nach Eröffnung der Sitzung verließ Dr. Schädel den Verhandlungsraum, und alsbald wurde bekannt, daß er endgültig abgelehnt habe. Diese Ablehnung findet auch ihre Bestätigung in dem Beschluß der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei, die ebenfalls im Reichstag sagte, daß eine aktive Beteiligung an einem Übergangskabinett v. Papen nicht in Frage komme. Zwischen 8 und 9 Uhr abends begab sich Herr v. Papen zum Reichspräsidenten, wo nach kurzer Besprechung seine Ernennung sowie die der Herren der vorläufigen Ministerliste vorgelagert wurde. An dieser Ministerliste fällt zunächst auf, daß

der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, der als sicherer Kandidat für den Reichsarbeitsministerposten genannt wurde, in ihr nicht enthalten ist. Dr. Goerdeler ist heute nicht vom Reichspräsidenten ernannt worden. Es heißt, daß sich Dr. Goerdeler noch nicht entschieden habe, ob er das Reichsarbeitsministerium oder das Reichsfinanzministerium übernehmen solle. Der Donnerstagvormittag wird darüber höchstwahrscheinlich Klarheit schaffen. Fest steht, daß Reichsminister v. Neurath das Außenministerium übernimmt.

Umbleibt sind also praktisch nur die scharf außerordentlich bedeutungsvollen Ministerien für Arbeit und für die Reichsfinanzen.

Ob vielleicht für das letztere der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht in Frage kommt, läßt sich noch nicht übersehen. Der frühere Reichsfinanzminister v. Schleicher scheint abgelehnt zu haben. Ob sich der Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, Graf Schwerin von Krasitzki, der für das Staatssekretariat designiert war, nun entschließt, selbst Reichsfinanzminister zu werden, steht dahin.

So ist in denkbar kurzer Zeit das neue Reichskabinett in seinen Grundzügen festgelegt, und in politischen Kreisen rechnet man damit, daß es sich unter Umständen bereits am kommenden Montag dem Reichstag vorstellen wird. Bis dahin wird es, nachdem es auch personell im Laufe des Donnerstags vervollständigt ist, seine Regierungserklärung ausarbeiten haben. Ueber

die parlamentarischen Aussichten der neuen Regierung kann verständlich zur Stunde noch nicht gesagt werden. Neben einer radikalen Oppositionserklärung der Sozialdemokraten, die am Mittwochabend noch durch eine Rundgebung im Sinne eines Wahtraus erweitert worden ist, liegen offizielle Mitteilungen der Zentrum-Fraktion und der Fraktion der Bayerischen Volkspartei vor. Im Hinblick auf eventuelle parlamentarische

Konsequenzen können beide Mitteilungen nicht als eindeutig gelten.

Die Bayerische Volkspartei lehnt jede „aktive Beteiligung“ ab, und die Zentrumskundgebung bekennt sich ebenfalls damit, festzustellen, daß das Zentrum der Regierung von Papen ablehnend gegenübersteht.

Beide Ablehnungen brauchen nicht zu befagen, daß sich das Zentrum und die Bayerische Volkspartei unter allen Umständen dazu entschließen haben, für ein Mißtrauensvotum gegen die neue Regierung im Reichstage zu stimmen. Zwar wird in Zentrumskreisen behauptet, daß man diese Konsequenz aus der Rundgebung herausziehen müsse, doch liegen gerade bei der parlamentarischen Politik des Zentrums genügend Erfahrungen vor, die es angebracht erscheinen lassen, Zweifel in die Hundertprozentigkeit einer ablehnenden Zentrumshaltung zu setzen. Es ist durchaus möglich, daß sich die beiden katholischen Parteien der Mitte im Reichstag mit einer Stimmhaltung begnügen. Erst weitere Interpretationen durch die parteilose Presse werden endgültig darüber Aufschluß geben. In der Zentrumserklärung, die deutlich den Charakter einer tiefgreifenden

Verärgerung über die Entlassung Brüning's

trägt und die den Geist der „Unschärfe“ des früheren Reichskanzlers atmet, heißt es u. a.: „Unmittelbar vor Jahresvorbereitungen internationaler Verhandlungen haben leichtfertige Intrigen verfassungsmäßig unverantwortlicher Personen hoffnungsvolle Linien einer in großen Zusammenhängen eingeleiteten nationalen Außenpolitik läß unterbrochen und den wirtschaftlichen und sozialen Erlebniskampf aller Gruppen des deutschen Volkes wesentlich erschwert. Wir verwerfen das monatlang geübte System unkontrollierbarer Treibereien und erklären, daß wir für alle hieraus sich ergebenden Erschwerungen unserer inneren Lage und der äußeren Möglichkeiten jede Verantwortung abweisen. Das mit dem Kabinettskurs unterbrochene außen- und innenpolitische Gesamtwerk soll nunmehr politischen Experimenten ausgesetzt werden. Weil die Parteienkräfte der Opposition sich weigern, politische Verantwortung mit zu übernehmen, werden Zwischenlösungen angelehrt. Solche Zwischenlösungen sind keine nationale Konzentration. Sie bieten auch keinerlei Hülfsmittel für die Fortführung einer Außen- und Innenpolitik, wie sie die Zeitumstände gebieterisch verlangen.“

Die Parteileitung des Zentrums teilt ferner mit: „Ohne den persönlichen — wenn auch nicht vertretbaren — Motiven nachzutreten, aus denen Herr v. Papen sich veranlaßt sieht, den bekannten Schritt zu tun, stellt die Zentrumspartei fest, daß sein Entschluß im bewußten Gegensatz zu der Parteileitung erfolgt ist. Die sich daraus ergebenden Folgerungen sind ohne weiteres klar.“

Der Fraktionsführer des Zentrums war bereits eine Beratung des Fraktionsvorstandes vorausgegangen. Da Dr. Brüning, auf dessen Teilnahme an der Sitzung der Vorstand Wert legte, infolge der Ereignisse der letzten Tage leicht erkrankt war, fand die Vorhandlung in der Reichskanzlei statt. Wegen der Erkrankung Dr. Brüning's konnte dieser auch Herrn von Papen nicht persönlich empfangen, der vorläufig in der Reichskanzlei erschienen war, und dann eine Unterredung mit Staatssekretär Dr. Pöhlitz als Vertreter Dr. Brüning's hatte.

Die Führer der Raatsparteilichen Reichstagsfraktion haben an den Reichspräsidenten v. Hindenburg ein Schreiben gerichtet, in dem sie Beschwerde darüber führen, daß das Kabinett v. Papen in der gestrigen amtlichen Mitteilung als eine Regierung der nationalen Konzentration bezeichnet worden ist. Auf den weiteren Inhalt dieses Schreibens einzugehen, verbietet sich. Es ist ein Dokument der politischen Verärgerung der durch die Entwicklung völlig zur Seite geschobenen Kräfte.

Papens Aussichten

Nachdem am Mittwochabend im wesentlichen die Beschaffenheit des Kabinetts v. Papen in personeller Hinsicht feststeht, tritt seine Tendenz als nationales Übergangskabinett immer deutlicher in Erscheinung. Schon die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern, noch mehr das Echo, das die Ernennung des neuen Reichskanzlers bei den Parteien gefunden hat, vor allem aber die Zentrumskundgebung vom Mittwochabend, die ganz deutlich die Verärgerung und das Mißtrauen gegen die neue Regierung verrät, lassen erkennen, daß v. Papens Kabinett kaum für längere Zeit mit einer sicheren parlamentarischen Grundlage rechnen kann. Sie mühte ja vom Zentrum bis zu den Nationalsozialisten gehen, was unter den jetzigen Verhältnissen aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist. Das Zentrum ist, wie sich auch aus seinem jetzigen Hauptorgan, der „Kölnischen Volkszeitung“, erahmt, über Papens Ernennung peinlich überrascht und hat außerordentlich unfreundliche Worte für den neuen Reichskanzler gefunden, die deutlich erkennen lassen, daß es in Herrn von Papen keinen Parteigänger mehr sieht. Der alte Groß gegen diesen nationalkonservativ eingestellten katholischen Politiker, dem man ja im Zentrum wegen seiner oppositionellen Haltung gegen den Einfluß schon wiederholt den Ausschluß angedroht hat, bricht jetzt offen durch. In diesem Zusammenhang ist auch bezeichnend, daß Brüning eine persönliche Aussprache mit v. Papen zu verhindern gewußt hat.

Von den Nationalsozialisten und Deutschen nationalen ist bekannt, daß sie in dem Kabinett nur den Übergang zu einer Nationalregierung sehen, die sich auf einen neu gewählten Reichstag stützt, der der gegenwärtigen politischen Stimmung im Volke Ausdruck gibt. Namentlich die Nationalsozialisten haben stets betont, daß sie den allergrößten Wert auf möglichst rasche Neuwahlen zum Parlament legen, weil sie, wie auch die letzten Wahlen in Oldenburg beweisen, schon jetzt die größten Aussichten haben, auf dem von ihnen beschrittenen legalen Weg der Machtübergreifung durch das Parlament zum Ziele zu kommen. Auch die Deutschnationalen haben bereits erklärt, daß zur Schaffung klarer Verhältnisse sie auf Neuwahlen bestehen müssen, und sie haben erst neuerdings ihrem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß man den Reichstagswahlkampf nicht schon gemäß der Anregung Dugensbergs an Stelle des zweiten Präsidentenwahlkampfes durchgeführt habe.

Es hat wohl kaum übersehen, daß die Neuerungen, die von sozialdemokratischen und auch von Raatsparteilichen Organen vorliegen, an geschickten, persönlichen Spitzen gegen die in Aussicht genommenen Männer einen Spielplatz erreichen. Insbesondere das Zentralorgan der Sozialdemokratie kritisiert die neue Regierung, ohne auch nur die endgültige Zusammensetzung abzuwarten, in einem Ton, der deutlich erkennen läßt, daß die Sozialdemokratie in erbitterter Feindschaft zum neuen Kabinett stehen wird. Ansehend ist man im Lager der Linken tief froh, daß die Zerkleinerungspolitik ein Ende hat und man nach Geräußeln wieder mit den alten abgewirtschafteten Demagogikern vom reaktionären arbeitereindlichen Kurs operieren kann. Aber mit solchen Schlagworten hat die Leitung der Sozialdemokratie auch versucht, den Wahlkampf in Preußen zu führen, und dabei doch eine Niederlage erlitten, weil heute der Wähler solchen Schlagworten, zumal wenn sie aus sozialdemokratischer Munde kommen, keinen Wert mehr beimißt. Auch die wildesten Gebärden werden der Sozialdemokratie bei dem wohl unvermeidlichen kommenden Wahlkampf weder Entlastung von ihrer Mißgunst an dem Tribünefend, noch von ihrer Teilhaberschaft an der verhängnisvollen Steuer- und Sozialpolitik des bisherigen Kurzes bringen.

Erster ist die Frage, wie lange die Schonung dauern kann, die angesichts der gewaltigen außenpolitischen Aufgaben und der Notwendigkeit, die Finanzen aufrechtzuerhalten, jede national denkende Partei dem Kabinett gewähren muß. Diese Schonung kann nur darin bestehen, daß man den Erfordernissen der Lage durch die Befestigung des gänzlichsten Wahltermins gerecht wird. Die erste Möglichkeit besteht darin, daß das Kabinett eine Erklärung vor dem Reichstag zum frühesten Termin, dem 6. Juni, abgibt und dabei keine Mehrheit findet, so daß es gestürzt wird und als Folge dann durch Volksmacht des Reichspräsidenten den Reichstag auflöst. Dann würde der neue Wahltermin aber bei Innehaltung der schicksalhaften Frist gerade in die Ernte- und Urerntezeit fallen, also in die ersten Tage des August. Es gibt naturgemäß viele Bedenken gegen diesen Termin. Deshalb bliebe nur die Möglichkeit, daß man sehr rasch zu Neuwahlen käme. Bereits Ende Juni oder Anfang Juli. Verfassungsmäßig bestünde dazu die Möglichkeit, da die Wahl zu einem beliebigen Termin innerhalb der schicksalhaften Frist nach Auflösung des alten Reichstages stattzufinden hat. An dieser Lösung wäre aber vor allem bedenklich, daß die Wahlkämpfe gerade in die Zeit der Lausanner Konferenz fallen würden und das Ausland dadurch leicht zu falschen Vorstellungen über die völlige außenpolitische Beschlossenheit des deutschen Volkes käme. Auch wird der neue Reichskanzler kaum bereit sein, sein schwieriges Amt der Führung eines Übergangskabinetts zu übernehmen, wenn er nicht die Gewißheit